

Wirtschaftskammer-Initiative «ist eine Herkulesaufgabe»

PATRIK SCHÄDLER

SCHAAN. Die Initiative der Wirtschaftskammer mit dem Titel «Familie und Beruf» sorgt beim Liechtensteiner Krankenkassenverband (LKV) für Sorgenfalten. Dies nicht nur wegen des Inhalts, sondern vor allem wegen des Zeitplans. Über die Initiative wird das Volk am 19. September abstimmen. Wenn sie angenommen wird, dann wird die Gesetzesänderung am 1. Januar 2017 in Kraft treten. «Diese Herkulesaufgabe ist mit den bei den

Krankenversicherern vorhandenen Ressourcen nicht seriös zu schaffen», erklärte der LKV an seiner Jahrespressekonferenz.

4000 Verträge anpassen

Das Hauptziel der Initiative ist, dass die Mutterschaftstaggeldleistungen nicht mehr von den Krankenversicherungen übernommen werden, sondern von der Familienausgleichskasse. Dadurch müssten innert gut drei Monaten rund 4000 Krankentaggeldverträge individuell angepasst werden, erklärten die

Versicherungsvertreter gestern. «Daneben sind beim Übergang des Mutterschaftsgeldes an die FAK sehr viele Koordinierungs- und Detailfragen sowohl im organisatorischen als auch im rechtlichen Bereich zu klären», schreibt der LKV. Dies bedarf aus Sicht der Krankenversicherer mehr als nur ein paar Monate Zeit.

Nicht direkt dagegen, aber...

Der LKV plädiert deshalb für eine Verschiebung des Inkrafttretens auf 1. Januar 2018. Dies ist

aber aufgrund des Initiativtextes nicht möglich. Obwohl der LKV gegen die Zielsetzung der Initiative «nichts einzuwenden» hat und sie «durchaus als positiven Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann» bezeichnet, kommen die Aussagen des LKV faktisch einer Nein-Parole gleich. Dies wird vor allem durch die Aussage des LKV unterstrichen, dass die Zielsetzungen der Initiative «auch mit der Anpassung der Regelungen bei den Krankenversicherungen erreicht werden könnten».